

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P./XVIII, 244

Bonn, den 27. Dezember 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1 - 2	Rückblick auf 1963 - Neue Hoffnungen für 1964	74

Von Willy Brandt

Regierender Bürgermeister von Berlin

Breigegeben zur Veröffentlichung für die  
Ausgaben von Montag, dem 30. Dezember 1963.  
Bitte die Sperrfrist beachten!

\* \* \*

3 - 4	Schwere Mängel festgestellt	78
	Eine Zwischenbilanz des "Telefonausschusses"	

5	Ben Bella zwischen Paris und Peking	88
	Auflösung scheinbarer Widersprüche?	
	Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	

6 - 7	"Wer beherrscht die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts?"	85
	Zu Sternbergs weltpolitischer Analyse in zweiter Auflage	
	Von Dr. Alex Meiler, MdB	

Chefredakteur Günter Markscheffel

Rückblick auf 1963 - neue Hoffnungen für 1964

Von Willy Brandt  
Regierender Bürgermeister von Berlin

Sperrfrist für die Ausgaben von  
Montag, dem 30. Dezember 1963

Das Jahr 1963 hatte es in sich. Es brachte neue Hoffnungen und bittere Enttäuschungen. Trägern großer Namen setzte der Tod ein Ende ihres Wirkens. Es war ein Jahr des Jubelns und der Katastrophen.

Präsident John F. Kennedy war dabei, die Welt auf den richtigen Weg zu bringen. Er hatte zur Stärke des Westens mehr beigetragen, als viele, die davon redeten, aber er hat diese Stärke nicht als Selbstzweck verstanden. Sie war ihm Voraussetzung, um vorsichtig und schrittweise den Versuch zu wagen, Spannungen abzubauen. Aus dem Gleichgewicht des Schreckens sollte ein Frieden werden, der diesen Namen verdient.

Die Schüsse von Texas haben das Leben dieses Mannes ausgelöscht. Sie konnten seine Politik und seinen Geist nicht töten. Präsident Johnson wird fortsetzen, was der inneren und äusseren Stärkung der freien Welt dient und gleichzeitig mit dem "heißen Telefon" und dem Teststoppabkommen begonnen wurde. Die Strategie des Friedens und die atlantische Partnerschaft stellen auch uns vorwärtstrebenden Europäern große Aufgaben.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft konnte, durch einen Kompromiß im letzten Augenblick, gerettet werden. Über das Eigengewicht hinaus muß ihr demokratischer Auftrag deutlicher werden. Die Tür, die Anfang 1963 zugemacht wurde, muß zum geeigneten Zeitpunkt wieder geöffnet werden. Die freien Nationen Europas müssen zusammengeführt werden.

Entspannung ist nicht möglich durch Schwächung des Westens oder innerhalb des Westens. Wirkliche Entspannung wird erst möglich, wenn der europäische Zusammenschluß und die atlantische Zusammenarbeit weiterentwickelt werden.

Der chinesisch-russische Konflikt ist allgemein sichtbar geworden. Er ist ein neuer Faktor der Weltpolitik und muß in alle langfristigen Überlegungen mit einbezogen werden.

Auf einer ganz anderen Ebene vollzieht sich ein Wandel von weitreichender Bedeutung. Unter dem neuen Oberhaupt der katholischen Christenheit wurde das Konzil fortgesetzt in dem Bemühen, alte Wahrheiten in einer neuen Welt zu verkünden; vor allem aber, um überholte und unzeitgemäße Trennmauern abzubauen.

Bei uns in der Bundesrepublik wurde Konrad Adenauer, der vierzehn Jahre lang die Richtlinien der deutschen Politik bestimmt hat, zum Rücktritt bewegt. Hat das nun eine neue, den Aufgaben von morgen gemäße Politik gebracht? Die Antwort steht noch aus. Bisher hat die neue Bundesregierung lediglich langjährige Forderungen der deutschen Sozialdemokraten zu ihren eigenen innenpolitischen Zielen erklärt. Es kommt jetzt auf das Wann und Wie an, auf das Verhältnis zwischen Worten und Taten.

Die Sozialdemokratische Partei hat ihren verehrten Vorsitzenden **Erick O i l l e n h a u e r** verloren. Unter seiner Führung ist die SPD zu der modernen Partei geworden, die die großen Strömungen dieser Zeit und die erregenden Wandlungen in dieser Welt rechtzeitig erkannt hat. Sie war deshalb in der Lage, vor auszuschauen, an Morgen zu denken. Dieses Erbe will gut verwaltet sein, es wird gemeinsam getragen werden müssen.

In Berlin ist die deutsche Wirklichkeit während der Weihnachtsfeiertage durch tödliche Schüsse ebenso deutlich geworden wie durch die Begegnung von Hunderttausenden, die sich seit 28 Monaten nicht mehr gesehen hatten. Das eine zeigte wieder einmal die schreckliche Wirklichkeit des gespaltenen Landes, in dem unsere eingemauerten Landsleute leben müssen. Das andere war ein erster kleiner Schritt auf dem Wege menschlicher Erleichterungen. Und es war gut, daß Berlin und Bonn gemeinsam mit den Alliierten die Verantwortung für eine begrenzte technische Übereinkunft übernahmen.

Aber Ulbricht ist Ulbricht geblieben, trotz der Passierscheine. Und die deutsche Hauptstadt ist ein Prüfstein der Glaubwürdigkeit geblieben, wo es um die Entspannung geht. Das Bemühen um Erleichterungen, bei Ausklammern der unüberbrückbaren Differenzen, wird ebenso andauern müssen wie das Ringen um die eigentliche Lösung der deutschen Fragen im wohlverstandenen Interesse des Friedens.

Beim Abschied von einem Jahr, das niemand leicht vergessen wird, können wir sagen: Es ist Grund zu einer stärkeren Hoffnung, als sie vor einem Jahr berechtigt gewesen ist. Zu mehr Hoffnung, daß der Frieden erhalten bleibt und daß die Menschen unseres gespaltenen Vaterlandes einander wieder etwas näher kommen können.

In der deutschen Politik wird es auch auf anderen Gebieten neue Antworten geben über das Verhältnis zwischen den Kräften der Erneuerung. An lohnenden Aufgaben wird es 1964 gewiß nicht fehlen.

### Schwere Mängel festgestellt

#### Eine Zwischenbilanz des "Telefonausschusses"

Von sachkundiger Seite der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion wird uns geschrieben:

Am 15. und 17. Januar 1964 wird der sogenannte Telefon-Untersuchungsausschuß des Bundestages zu seinen nächsten Sitzungen zusammentreten. Wahrscheinlich wird er dann wieder größere Publizität erhalten, denn in diesen beiden Sitzungen wird er einen der Kronzeugen vernehmen, die vor einigen Monaten in aller Öffentlichkeit schwerwiegende Beschuldigungen gegen die Praktiken des Bundesamtes für Verfassungsschutz erhoben haben.

Wenn es in den letzten Wochen über diese Affäre ein wenig stiller geworden ist, dann bedeutet das nicht, daß der bisherige Gang der Untersuchung das Bundesamt rechtfertigt. Unabhängig von der immer noch laufenden Auseinandersetzung über die Rechtsgrundlage hat schon die bisherige Untersuchung gezeigt, daß die Verfahrensweise des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu schweren Bedenken Anlaß geben.

Nach eigenen Aussagen hat der Präsident des Amtes erst etwa 1958 überhaupt davon erfahren, daß sein Amt bei alliierten Stellen initiativ geworden ist, um Post-, Fernschreib- und Telefonüberwachung herbeizuführen. Schrübbers sind nach seinen Aussagen keine Bedenken im Hinblick auf diese Praxis gekommen. Er sagte aus, er glaube, sie sei durch die bestehenden Gesetze gedeckt. Dieser Glaube ist jedoch nicht entscheidend, entscheidend ist der Deutschlandvertrag, der ausdrücklich vorsieht, daß die Alliierten die Bundesregierung konsultieren müssen. Der Präsident des Amtes hat es jedoch nicht für notwendig gehalten, solche Konsultationen zu veranlassen; er hat sich noch nicht einmal beim Bundesinnenminister vergewissert, ob solche Konsultationen vorgenommen worden sind.

Wie wenig man der eigener Rechtsauffassung traute, ging auch deutlich aus einem Protokoll über eine Abteilungsleitersitzung hervor, in dem es heißt:

"Bei allgemeinen Erörterungen von Ausführungen des Generalbundesanwaltes über die Tätigkeit der Nachrichtendienste und die Postkontrolle der Alliierten weist der Präsident darauf hin, daß keine entsprechenden Aufträge an die Alliierten gegeben werden dürfen."

Heute redet man sich damit heraus, daß man "Aufträge" nicht erteilt habe, sondern daß es sich um "Anregungen" gehandelt habe .....

Die Bedenken werden umso größer, als fast zur gleichen Zeit in einer Abteilungsleiterbesprechung das Bundesamt in einem Bericht an das Bundesinnenministerium die "legale" Durchführung der Post- und Telefonüberwachung unter Einschränkung des Artikels 10 GG für sehr wünschenswert erklärt hat.

Das Bundesinnenministerium behauptet beim Stand der bisherigen Beweiserhebung nach wie vor, erst durch die Presse im September dieses Jahres von den "Initiativen" des seiner Dienstaufsicht unterstehenden Bundesamtes erfahren zu haben. Das spricht auf keinen Fall für die Dienstaufsicht.

Die bisherige Untersuchung hat weiter ergeben, daß keine Dienstvorschriften des Ministeriums für die Arbeit des Verfassungsschutzamtes bestanden, ja noch nicht einmal klare Vorstellungen entwickelt werden konnten, wie die Dienstaufsicht durchgeführt werden sollte. Geschäftsprüfungen des Amtes durch das Ministerium haben überhaupt nicht stattgefunden. Selbst im Amte durch das Amt waren sie sehr sparsam.

Im Amte selbst bestanden nur unzureichende Dienstvorschriften. Insbesondere waren nicht geregelt:

1. Das Verfahren für die Einleitung einer Post- Fernschreib- und Telefonüberwachung.
2. Der Verkehr mit den Alliierten.
3. Die Verständigung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, wenn ihr Name im Zusammenhang mit nachrichtendienstlichen Erkenntnissen auftaucht.

Das ist insgesamt kein erfreuliches Bild. Die Untersuchungen müssen weitergehen. Sie werden dadurch erschwert, daß es offenbar die Praxis des Amtes gewesen ist, fast nichts schriftlich festzulegen. Die maßgebenden Beamten des Bundesamtes für Verfassungsschutz finden eben alles "so selbstverständlich", daß nach ihrer Meinung nichts zu regeln war.

Die Arbeit des Ausschusses selbst kann man als zügig und sachlich kennzeichnen. Er hat durch die Praxis gezeigt, daß er sich nicht einschüchtern läßt. Erfreulich ist, daß die vom Bundesinnenminister zugesagten personellen Veränderungen im Bundesamt vorbereitet oder, wie im Fall Wenger, schon durchgeführt sind. Auch die Arbeiten an Ausführungsgesetz zu Artikel 10 GG sind gut vorangekommen.

Aber erst im neuen Jahr wird sich ein abschließendes Urteil bilden lassen, denn erst dann werden die belastend aussagenden Zeugen zu Wort kommen.

Ben Bella zwischen Paris und PekingAuflösung scheinbarer Widersprüche?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

"Ich habe in Paris studiert und würde mich freuen, Frankreich wiederzusehen", erklärte Chinas Premierminister Tschu En-Lai in Kairo vor seinem Flug nach Algier. Auf die Frage nach den französisch-chinesischen Beziehungen, nämlich der geplanten diplomatischen Anerkennung zwischen Paris und Peking erwiderte der Abgesandte Mao Tse-Tung lächelnd: "Die Zeit ist noch nicht gekommen, auf diese Frage zu antworten".

Anerkennung Paris - Peking 1964

In Paris rechnet man mit 1964. Das Gespräch zwischen dem Elysée und dem Reich der Mitte ist bekanntlich weit gediehen. Letzte Rücksicht von Washington veranlaßten General de Gaulle, die offizielle diplomatische Anerkennung des kommunistischen Chinas vorläufig hinauszuschieben. Sie bleibt aber auf der Tagesordnung und wird im geeigneten Zeitpunkt erfolgen. Die diplomatischen und wirtschaftlichen Fäden zwischen Frankreich und China werden einstweilen immer dichter gewoben.

Französische Komplimente für Tschu En-Lai

Tschu En-Lais Verhalten in Algier ist dafür bezeichnend. In seinen nordafrikanischen Pressekonferenzen fand er liebenswürdige Worte für Frankreich. Die Pariser Presse erwidert diese Komplimente. Sie unterstreicht die "bürgerliche" Abstammung des kommunistischen Regierungschefs, seine Studien in Frankreich, Deutschland und England, seine "außergewöhnlichen Fähigkeiten". - Tatsächlich stammt Tschu En-Lai aus einem alten Mandarin-Geschlecht der Provinz Schanghai. Entsprang aber nicht auch Lenin dem Kleinadel? Tschu En-Lai legt auf derlei Komplimente jedenfalls keinen besonderen Wert. Er erinnert sich vielmehr an seine Tätigkeit als Arbeiterstudent an der Sorbonne, als gelegentlicher Metallarbeiter in den Pariser Renault-Werken und vor allem als kommunistischer Agitator in den europäischen Städten der zwanziger Jahre, ehe er mit Mao an der großen chinesischen Revolution teilnahm.

De Gaulles Popularität in Algerien

Zu seiner Überraschung fand Tschu En-Lai in Algerien eine größere Sympathie für de Gaulle, als er vorher angenommen hatte. De Gaulle ist in Algerien und in anderen französisch-afrikanischen Ländern tatsächlich ein Fall für sich. Es ist ihm gelungen, in die folkloristische Märchenwelt dieser Länder als nationaler Befreier einzugehen. In den nationalen Befreiungskriegern Algeriens gibt es sogar eine Lobenshymne auf de Gaulle. Er hat die weißen Unterdrücker vertrieben, die CAS gebändigt und der FLN zur Macht verholfen. Wenn er demnächst der Einladung Ben Bellas nach Algier Folge leistet, wird es für ihn einen triumphalen Empfang geben, triumphaler jedenfalls als heute in Paris oder Marseille.

Peking - Algier - Paris

Auf diese Weise fördert der chinesische Algerienbesuch paradoxerweise zugleich das chinesisch-französische und das französisch-algerische Verhältnis und bereitet zwei weitere Staatsbesuche vor: General de Gaulle in Algier und Tschu En-Lai in Paris. In allen Fällen geschickte Pfeile - gegen Washington ...

"Wer beherrscht die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts?"

Zu Sternbergs weltpolitischer Analyse in zweiter Auflage

Von Dr. Alex Möller, MDB

Der Verfasser der vielbeachteten Analyse "Wer beherrscht die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts?", Fritz Sternberg, erlebte die zweite Auflage seines letzten Werkes nicht mehr. Wenige Wochen bevor die Zweitfassung erschien, diesmal als Taschenbuch, verschied Fritz Sternberg. Er legte kurz nach der Niederschrift des Nachwortes, das die jüngsten Ereignisse mit den Thesen seines Buches konfrontiert, die Feder für immer aus der Hand.

\* \* \*

Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges bestimmten die Gegensätze zwischen der USA und der UdSSR bzw. zwischen den von ihnen geführten Blöcken die Weltpolitik. Diese geschichtliche Periode, die außerdem den Block der Neutralen und die politische Verselbständigung der Entwicklungsländer kennt, läßt sich nicht zum Dogma erheben. Die Zeit schreitet voran und bringt andere Konstellationen. Neue Großmächte treten in die Geschichte ein, so China und Indien. China befindet sich auf dem Wege zur Weltmacht; es formiert seine Satelliten und macht der Sowjetunion die ideologische Führungsposition im kommunistischen Imperium streitig. Indien als volkreicher Staat der Erde sucht den evolutionären Weg und - ohne sich politisch für den Westen zu erklären - dabei die ihm gemäß demokratische Lebensordnung; die planwirtschaftlichen Tendenzen entbehren der totalitären Methode. Für das künftige Kräfteverhältnis in der Welt wird wichtig sein, wohin vor allem die Länder Südstasiens und Afrikas gehen werden, diese Hunderte von Millionen Menschen. Das aber bestimmt auch Indien.

\* \* \*

Sternberg weist eindringlich auf einen epochalen Wandel in der Geschichte der Völker hin:

Der chinesisch-indische Krieg führt den farbigen Völkern die Tatsache vor Augen, "daß ein totalitärer Staat gegen einen mit demokratischen Institutionen einen imperialistischen Krieg führen kann" (S. 167). "Imperialistisch" sind also keineswegs nur Kriege der Kolonialherren, sie können nach deren Abschied auch unter Farbigen stattfinden, wobei ein totalitärer Staat sich als Angreifer erweist.

Überzeugend wird der eigentliche Anlaß des Grenzkrieges am Himalaya dargelegt: China ist an einem verzögerten wirtschaftlichen Aufstieg Indiens gelegen. Der Grenzkrieg und eine ständige Bedrohung sind geeignet, den indischen Militäretat zu Lasten dringlicher Investitionen zu erhöhen, Militärische Erfolge der Chinesen stärken über-

dies ihre Macht; die Furcht vermag Südostasien zu beherrschen, China und Indien allein umfassen mehr als ein Drittel der Menschen, so daß ein Sieg Chinas über Indien die westliche Welt einerseits und Rußland andererseits ernsthaft gefährden müßte. Eine solche Konstellation kann aber - und das sagt Sternberg nicht - die UdSSR auch veranlassen entweder mit Indien den Block der Neutralen wirtschaftlich und militärisch zu stärken oder den verstärkten Einfluß Maos in Kauf zu nehmen, der letztlich dahin führen könnte, daß Chruschtschow Rückendeckung im Westen suchen muß. Welches Gewicht China und Indien auch wirtschaftlich zu erlangen vermögen, läßt sich für die Zukunft daraus ableiten, daß der Anteil der USA und Europas an der Weltproduktion fallen, der Anteil der UdSSR nicht mehr steigen und der Anteil der beiden neuen Großmächte ansteigen wird. Für die Entwicklungsländer erwartet Sternberg gleichfalls einen wachsenden Anteil.

Wesentlich ist die Rolle, die Sternberg den Entwicklungsländern zuweist. Seiner Auffassung nach reicht die westliche Hilfe in keiner Weise aus, um eine grundlegende Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu erzielen, die für den politischen Standort dieser jungen Demokratien so entscheidend sind.

Die Entwicklungsländer kennen keine Demokratie im westeuropäischen Sinne; dazu fehlen ihnen die soziologischen Voraussetzungen. Hindernisse sind die unvermeidbare Armut der Bevölkerung, materiell und an geistigen Gütern, die einseitigen Besitzverhältnisse und das Interesse einer feudalen Oberschicht. Eine wirtschaftliche Abhängigkeit ergibt sich überdies aus der einseitigen Erzeugung weniger Rohstoffe, und ihr Export unterliegt in starkem Maße den Weltmarktweisen sowie dem schwankenden Importbedarf der Industriestaaten. Die politische Souveränität hat den Entwicklungsländern keineswegs schon die wirtschaftliche Unabhängigkeit geschenkt. Solche volkswirtschaftlichen Hindernisse und das Stagnationsbestreben der sozialreaktionären Führungsschichten sind Wegbereiter für ein totalitäres System, sei es im Sinne einer Erhaltung bisheriger Zustände, sei es im Sinne eines Umsturzes kommunistischer Prägung.

\* \* \*

Sternberg gelangt zu dem wirtschaftspolitischen Ergebnis, das ihm brauchbar erscheint, bestimmte weltpolitische Krisenherde zu beiseitigen: Im Widerstreit derjenigen Wirtschaftssysteme, die unter Anpassung an die volkswirtschaftlichen Eigenarten insbesondere den Entwicklungsländern für eine demokratische Staatsordnung zur Wahl stehen, wird die schöpferische Alternative gegenüber der zentralen Verwaltungswirtschaft totalitärer Staaten darin gesehen, planwirtschaftliche Methoden unter demokratischer Kontrolle anzuwenden. Weltpolitisch findet Sternberg folgenden Ausblick: "Am Beginn der beiden Weltkriege standen überall die Hoffnungen und Erwartungen, ihn gewinnen zu können. Weder Amerika noch die Sowjetunion haben heute diese Hoffnung." Gegen ihren Willen kann auch keine andere Atommacht einen Weltbrand auslösen. Deshalb würde, erweitert sich der Kreis der atomaren Mächte etwa um China, der Einsatz einzelner Atombomben keineswegs ausgeschlossen sein. Das Gleichgewicht der beiden Weltmächte gibt dem Weltfrieden alle Chancen, bremst jedoch den Aufstieg der Entwicklungsländer und den Fortschritt in der Integration Europas.

+ + +